



Paul Schäfer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Verteidigungspolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE

Kraftakt mit untauglichen Mitteln

*Bericht über die Reise der Obleute des Verteidigungsausschusses
nach Afghanistan (13. bis 17. März 2010)*

Mitte März reiste eine Delegation des Verteidigungsausschusses nach Afghanistan, um sich aktuell über die Lage vor Ort, vor allem im deutschen „Verantwortungsbereich“ zu informieren. Die siebenköpfige Delegation führte in Kunduz Gespräche mit dem dortigen Kommandeur (COM PRT Kunduz) Oberst Rohrschneider, dem Gouverneur der Provinz M. Atta und mit Vertretern der dort stationierten Soldaten. Dort gab es auch Gelegenheit den Gefechtsstand der „ominösen“ TaskForce 47 (Spezialkräfte) zu besichtigen und sich über deren Möglichkeiten, ein Lagebild zu erstellen, zu informieren. Die Gruppe hatte außerdem die Möglichkeit, sich einen Bundeswehr-Vorposten in Chahar Darreh, in dem das sogenannte „Partnering“ mit der Afghanischen Armee (ANA) bereits praktiziert wird, anzusehen.

In Kabul sprachen wir mit dem NATO Oberbefehlshaber (COM ISAF), Stanley Mc Chrystal; mit dem Chef des Stabes, dem deutschen General Kasdorf; mit dem Stellvertreter des NATO-Sonderbeauftragten (Max Sedwill), dem BrigGen Serge Labbé; dem Parlamentspräsidenten M.Y. Quanooni, sowie weiteren afghanischen Abgeordneten des Verteidigungsausschusses aus verschiedenen Provinzen. Wir hatten Gelegenheit mit einer Abordnung des deutschen Kontingents in Kabul zu sprechen. Besucht haben wir das NATO Training Mission Centre, in dem die Anstrengungen zur Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei unter US-Führung zusammengefasst werden. Überaus spannend war eine Visite des neuen Operationszentrums der NATO - ISAF Joint Command, das unter Mc Chrystal in kurzer Zeit am Flughafen Kabul aus dem Boden gestampft wurde

(genauer gesagt: durch den raschen Umbau einer großen Sporthalle). Dort wurden wir unterrichtet von einem der führenden Stabsoffiziere, dem deutschen General J. Both.

Bei einem Abendessen in der deutschen Botschaft konnten wir mit VertreterInnen der afghanischen Zivilgesellschaft (u.a. der Vorsitzenden der Unabhängigen Menschenrechtskommission) und der in Kabul arbeitenden deutschen Stiftungen sprechen.

In Masar e Sharif gab es ein Briefing durch Com RC North, Brigadegeneral Leidenberger; eine Diskussionsrunde mit dem Vertrauensleutekörper der Bundeswehr schloss sich an. Besichtigt haben wir die Tornado-Crew, die Klinik in Camp Marmal. Näher angesehen haben wir uns die Polizeiausbildung am Police Training Center, und wir haben uns dort eingehender mit Vertretern der Polizei und der Feldjäger unterhalten.

Im Folgenden möchte ich die Eindrücke und Erkenntnisse der Reise in einigen Thesen zusammenfassen. Die darin enthaltenen Zuspitzungen sollen auch dazu dienen, eine breitere Debatte über die Perspektiven des Afghanistan-Einsatzes voranzubringen.

Thesen:

1. Die USA und die NATO stehen seit letztem Jahr mit dem Rücken zur Wand; die jeweilige Akzeptanz der Mission in den NATO-Mitgliedsländern sinkt rapide. Daher soll jetzt in einem **Kraftakt** das Ruder herumgerissen werden. Einer der Gesprächsteilnehmer kleidete dies in die Worte: „*We need to turn the tide in the next 12 months.*“ Dieser Kraftakt

- soll auch die Möglichkeit eröffnen, zumindest relevante Teile der NATO-Streitkräfte in den nächsten drei bis vier Jahren abzuziehen. Man nennt es allerdings nicht Exit-Strategie, sondern „*Übergabe in Verantwortung*.“
2. Vor allem die US-Administration hat sich nach einer gründlicheren Analyse und eingehenden Beratungen zu einem **Neuansatz** entschlossen, der darauf abzielt, mittels erheblich mehr Soldaten die Taliban und die Aufständischen in die Defensive zu bringen und zu demoralisieren. Zugleich soll in dieser Zeit die Afghanisierung der Kriegsführung entscheidend vorangebracht werden. Mittels eines beträchtlich gesteigerten Ressourcenansatzes sollen die bisher völlig unzureichenden Aufbauleistungen in kürzester Zeit vervielfacht werden. Um nur eine Zahl zu nennen: Den US-Kommandeuren stehen in diesem Jahr 1,2 Mrd. Dollar für „Entwicklungsprojekte“ zur Verfügung, das ist gegenüber 2007 eine Verzehnfachung. Schließlich sollen zeitgleich die Bemühungen um eine politische Lösung, auch regional flankiert, vorangetrieben werden. General McChrystal formulierte in diesem Zusammenhang den durchaus bemerkenswerten Satz: „*Wir müssen das nötige Umfeld schaffen, um ein politisches Abkommen zu erreichen.*“ Mit anderen Worten: Auch die USA gehen davon aus, dass man mit den Aufständischen zu einer Verhandlungslösung kommen muss. Allerdings will man aus der Position der absoluten Stärke an den Verhandlungstisch gehen; daher der Aufwuchs des Militärkontingents.
 3. Die **Operation Moshtarrak** im südlichen Teil Helmands gilt als **Blaupause** des gesamten Unternehmens. Sie soll in Upper Helmand und Kandahar, aber auch in Kunduz in der zweiten Jahreshälfte fortgesetzt werden. SHAPE, CLEAR, HOLD und BUILD, lauten die vier Phasen dieses Konzepts: Unter Shape, wird der Einsatz von Special Forces verstanden, die die Führung der Aufständischen in der betreffenden Region attackieren und ausschalten sollen; in der zweiten Phase „Clear“ sollen ISAF-Einheiten, zusammen mit der afghanischen Armee vorrücken und das Gelände „säubern“; unter „Hold“ wird dann das Nachziehen der afghanischen Polizei verstanden, die den jeweiligen Raum langfristig unter Kontrolle halten soll; „Build“ schließlich bezieht sich auf direkt wirksame Aufbaumaßnahmen, die mit den örtlichen Autoritäten abgesprochen werden sollen.
 4. Die **Umstrukturierung der NATO-Mission** im letzten Jahr zielt vor allem darauf ab, die politische Koordination der Mission voranzubringen. Dem dient die Einführung einer klaren Arbeitsteilung. Während der US-General Rodriguez für die Militäroperationen zuständig ist und dafür sorgen soll, dass es eine einheitliche Führung der Aktionen landesweit gibt, ist General McChrystal eine Art politischer Statthalter der NATO für ganz Afghanistan. Er verfolgt den politischen Auftrag, die gesamten Kraftanstrengungen zu bündeln und politisch zu steuern. Ihm assistiert der neue Sonderbeauftragte der NATO, der mit eigenem Apparat ausgestattet, eigene Aufgaben erledigt (*Acting as a bridge between ISAF und UNAMA*). Für den Neuansatz der USA steht das ISAF Joint Command in Kabul Airport: In einer beeindruckenden Operationszentrale werden die wichtigen Informationen aus dem ganzen Land zusammengeführt, ausgewertet und neue Aktionen geplant und umgesetzt. Man legt Wert darauf, dass die Repräsentanten der ANA und der ANP in der ersten Reihe sitzen. Durch das IJC soll auch gewährleistet werden, dass alle Regionalkommandos eng an die Befehlszentrale des COM ISAF angebunden sind. Vertreten sind ferner auch die Verbindungsoffiziere zur afghanischen „Zivilgesellschaft“. Man legt Wert auf die Feststellung, dass die Arbeit des Kommandos zu 60 Prozent auf „*Development & Governance*“ gerichtet sei.
 5. Die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit **CIMIC** hat mit dem erstmals in Bosnien praktizierten Ansatz nur noch wenig gemeinsam. Auf dem Balkan waren es die Soldaten selber, die erste praktische Hilfsleistungen in Form des Baues von Häusern, Straßen, Brücken leisteten. Im Kosovo 1999 ff. wurden zum einen einheimische Projekte durch die Bundeswehr unterstützt, zugleich dienten die CIMIC-Kräfte nicht zuletzt der „Lageaufklärung“, d.h. sie waren wichtige Verbindungsglieder zur einheimischen Bevölkerung. In Afghanistan hat man den Eindruck, die NATO-Soldaten seien inzwischen als eine Art „Projektentwickler“ unterwegs. Das beginnt mit einer Art sozio-politischer Studien über die jeweilige Region (Wer sind die örtlichen Machthaber, ihre Gegenspieler, wie tickt die örtliche Bevölkerung, welches sind die vordringlichsten Probleme); dazu werden Gespräche mit den afghanischen Verantwortlichen geführt, um die vorhandenen Entwicklungsdefizite genauer zu analysieren, um schließlich Vorschläge für den weite-

ren Aufbau und das dazu erforderliche Organisationsmanagement zu unterbreiten. Ein Reservist, der in Masar schon öfter im Einsatz war, beschrieb es mir in dem einen Satz: „Wir identifizieren Probleme und suchen nach Lösungsmechanismen.“

6. Für die **Bundeswehr im Norden** war der vierte September vergangenen Jahres schon eine Zäsur. Es ist eben keine Alltäglichkeit, wenn ein Bombenangriff, ausgelöst durch den Befehl eines deutschen Obersts, über 100 Tote und zahlreiche Verletzte, unter den Ermordeten eine nicht unerhebliche Zahl unschuldiger Zivilisten, fordert. Auch der traurige Vorfall vom Karfreitag dieses Jahres belegt: Die Lage wird entschieden ungemütlicher. Die neue NATO-Strategie der Aufstandsbekämpfung, das enge Zusammenwirken mit der Afghanischen Armee (ANA), auch „Partnering“ genannt, heißt tatsächlich, öfter die gesicherten Camps zu verlassen, nach draußen zu gehen. Und es heißt nicht zuletzt, sich mehr und unmittelbarer an offensiven Militäroperationen zu beteiligen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, scheint eine weitere Aufrüstung vor Ort nur eine Frage der Zeit zu sein. Und tatsächlich hat die Debatte darüber ja bereits begonnen. Dabei geht es am allerwenigsten um schwere Schützenpanzer, wohl eher um den Einsatz der Panzerhaubitze 2000 und um die Zuführung von Kampfhubschraubern. Allerdings naht die Hilfe ja bereits. Die USA sind dabei, in Masar-e-Sharif massiv einzusteigen. Pioniere errichten derzeit ein neues Camp via a vis des dt. Camps Marmal. Mit der Verlegung einer Hubschrauber- und einer Trainerbrigade hat man begonnen. Ca. 5.000 zusätzliche Soldaten sollen die Bekämpfung der Aufständischen in der Region Nord künftig unterstützen.
7. Die **Ausbildung der afghanischen Polizei** wird allgemein als Schlüssel zur Herstellung von Sicherheit und Stabilität angesehen. Daher soll die Zahl der ANP noch erheblich nach oben gedrückt werden. Inzwischen erhalten die Polizisten deutlich mehr Geld; der Monatslohn, der noch vor kurzem 100 Dollar nicht überstieg, liegt inzwischen bei 165 bis 250 Dollar. Aber nach wie vor ist die ANP eine absolute Schwachstelle: Die afghanische Polizei erleidet wegen ihrer besonderen Verwundbarkeit (CheckPoints sind leichter anzugreifen als kasernierte Soldaten) nach wie vor relativ hohe Verluste. Dass es eine anhaltende hohe Fluktuation bei den Dienstposten gibt, nimmt nicht wunder. Auch am Negativimage

der Polizei (korrupt, ineffizient) hat sich nur wenig geändert. Nach meinem Eindruck liegen die Probleme vorrangig darin begründet, dass die zusätzlichen Polizisten über wenig Voraussetzungen für den Polizeidienst verfügen (Analphabetismus, un- ausgebildete Motorik etc.) und in kürzestmöglicher Zeit in die Praxis geworfen werden sollen. Ob das mit Learning by doing erreicht werden kann, bleibt mehr als zweifelhaft. Auch wirft die jetzt forcierte „robustere“ Ausrichtung des Trainings Fragen auf, ob so eine rechtstaatlich ausgerichtete Polizeitruppe aufgebaut werden kann. Für die beteiligten deutschen Polizisten bleibt die Frage nach dem sicheren Umfeld, in dem sie sich ja nach unserer Gesetzeslage nur bewegen dürfen. Gerade die Gewerkschaft der Polizei hat wiederholt auf diese Problematik hingewiesen. Die Aussage der Bundesregierung, dass deutsche Polizisten und Polizistinnen nur in befriedeten Gebieten zum Einsatz kämen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Wozu dann noch die Sicherheitskomponente in Gestalt eines gepanzerten Fahrzeugs, mitsamt MotSchützen, die diese Trainingsteams begleiten?

8. Afghanistan bleibt weiterhin ein **zerrissenes Land**. Das gilt für die sozialen Verhältnisse, deren Spannweite von den Superreichen, die ihre Millionen in Dubai in Sicherheit bringen bis hin zu den Jugendlichen, die nach wie vor ohne Zukunftsperspektiven sind, reicht. Das gilt aber auch für die politischen Verhältnisse, von politischer Stabilität ist das Land noch weit entfernt. Das haben nicht zuletzt die massiv gefälschten Präsidentschaftswahlen in 2009 gezeigt. Andererseits hat der Wahlgang auch deutlich gemacht, dass Präsident Karzai zwar schwer angeschlagen ist, sich aber dennoch als Meister der Allianzbildung sich zu behaupten weiß. Von seinem Widersacher Abdullah Abdullah ist nach der Wahl nicht mehr viel zu hören. Eine wirkliche Alternative scheint also kaum in Sicht. Aber inzwischen tut sich doch stärkerer Widerstand gegen Karzai aus den Reihen eines kritischer werdenden Parlaments auf. Das hat sich u.a. auch darin gezeigt, dass der Präsident bisher nur 18 von 25 Ministerien besetzen konnte. Was aus der für den Spätsommer geplanten Parlamentswahl wird, bleibt offen. Der Parlamentspräsident Quanooni und Andere setzen verstärkt auf die Föderalisierung des Landes und fordern in diesem Sinne die Abkehr von der stark zentralistisch ausgelegten Verfassung. Bis dato wollen aber die auswärtigen und eigentlichen Inhaber der Macht

(USA/NATO) diese Frage nicht aufmachen. Daher unterstützt man die Pläne Karzais, im April 2010 eine Große Versammlung (Loya Jirga) abzuhalten, die sich insbesondere auf die sog. Re-Integration aufständischer Kämpfer in die Gesellschaft konzentrieren soll. Nach Aussage des deutschen Botschafters kann aber für 2011 – zehn Jahre nach Petersberg – durchaus über konstitutionelle Fragen neu nachgedacht werden (Wir sollten uns dieses Datum merken.)

9. Ob die neu gefasste **Mission impossible** oder **successful** sein wird, ist gegenwärtig nur schwer zu erkennen. Wahrscheinlicher ist, dass sie an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde gehen wird:

- Die militärische Eskalation wird nicht ohne Gewaltverschärfung abgehen; d.h. auch mit mehr zivilen Opfern und mehr Ablehnung der Fremdbestimmung durch die Bevölkerung. Nicht zuletzt das Experiment, sich auf bewaffnete lokale Milizen in der Aufstandsbekämpfung zu stützen, die in der Regel lokalen Warlords dienen und mit Rechtstaatlichkeit wenig zu tun haben, zeigt die Risiken dieser Militarisierung.
- Wie ein von Militärs vorangetriebenes Projekt der „Staatsbildung“ (State-Building) funktionieren soll, steht in den Sternen. Selbst modern ausgerüstete Armeen sind just dafür nicht besonders ausgebildet und geeignet.
- Das fehlende Geld scheint seit einiger Zeit nicht mehr das Hauptproblem des Landes zu sein, daher werden die jetzt in das Land gepumpten Summen auch nicht den qualitativen Unterschied ausmachen. Die Erfahrung zeigt eher, dass die Gefahren der Förderung der Korruption und der Vergeudung, bzw. Fehlallokation der Ressourcen mit der im Umlauf befindlichen Geldsumme noch steigen. Es bleibt ferner das Grundübel, dass der größere Teil der Mittel wieder in Form von Aufträgen an Unternehmen bzw. Trägerorganisation der „westlichen Welt“ zurück fließt.
- Wie sich das Image der USA, die unter George W. Bush den War on Terrorism nach Afghanistan getragen haben - unter Missachtung der extrem unterschiedlichen Traditionen und Kulturen - und die daher den Widerstand systematisch erst erzeugt haben, nun in kurzer Zeit und grundlegend wandeln soll, bleibt das Geheimnis der US-Regierung. Wenn die USA nun die Regie in Afghanistan mit immensem Aufwand endgültig an sich ziehen, woraus

speist sich der Optimismus, dass diese Art der äußersten Fremdbestimmung von den Afghanen als Beglückung empfunden wird? Ob einige der angekündigten Maßnahmen zur Stärkung der afghanischen Eigenverantwortung, wie der Budgetierung eines Teils der Entwicklungshilfe und die Autorisierung größerer Militäroperationen durch den afghanischen Präsidenten, etwas an der verquerten Logik der Stärkung von Eigenverantwortung durch Fremdbestimmung ändern werden, bleibt abzuwarten.

- Die geplante Re-Integration von Taliban-Kämpfern wird in der vorgesehenen Form kaum funktionieren und sie kann unter keinen Umständen eine diplomatische Initiative für eine Verhandlungslösung ersetzen.

10. Wir sind gefordert, die Frage **Truppenabzug und Waffenstillstand** noch mehr ins Zentrum zu rücken. Wenn alle Seiten davon ausgehen, dass der Konflikt mit militärischen Mitteln nicht zu lösen ist, dann sollte nicht erst am bitteren Ende verhandelt werden. Jetzt ist die Zeit, um über einen Waffenstillstand und die Einleitung eines Friedensprozesses zu sprechen. An dieser Stelle muss meines Erachtens der nach wie vor militärfixierte Ansatz der NATO scharf kritisiert und die UNO ins Spiel gebracht werden. Denn unter dem Dach der UNO, unter verstärkter Einbeziehung der islamischen Staaten, muss der friedliche Aufbau des Landes vorangebracht werden.

Für uns wird es nicht zuletzt darum gehen, unsere friedens- und entwicklungspolitischen Vorstellungen, die wir brauchen, um in der hiesigen Debatte zu bestehen, mit Afghanen und Afghaninnen zusammen weiterzuentwickeln. D.h. auch: Wir müssen konkreter werden.

Schlussbemerkung:

Das hier dargelegte Lagebild, wie es sich für mich nach dem Besuch darstellt, kann den Eindruck erwecken, als würde jetzt in Afghanistan tatsächlich das Ruder herumgerissen und als würde ein Erfolg der NATO-Mission zumindest nicht auszuschließen sein. In der Tat gibt es einige bemerkenswerte Entwicklungen, die damit zu tun haben, dass man unter dem Druck der Ereignisse zu neuen Schlussfolgerungen kommen musste. Aber man setzt nach wie vor, auf untaugliche Mittel (militärische Forcierung), manches kommt viel zu spät und eine kohärente Strategie der

Transformation des bewaffneten Konflikts in einen mit friedlichen Mitteln auszutragenden politischen Konflikt ist nicht zu erkennen. Und nicht zuletzt. Unsere **Generalkritik** bleibt:

- Der Afghanistan-Einsatz der US-geführten Militärallianz hatte keine völkerrechtliche Grundlage. Das nachgeschobene Mandat des UN-Sicherheitsrates ISAF litt von Beginn an darunter, dass neben ISAF der Einsatz unter Operation Enduring Freedom einer selbsternannten Staatenkoalition fortgesetzt wurde. Die brüchige völkerrechtliche Legitimation von ISAF wurde durch die stetig vorangetriebene Verklammerung mit OEF weiter ausgehöhlt. Die heute weitgehend vollzogene Einordnung des Anti-Terrorkrieges unter OEF in das ISAF-Kontingent zeigt nur, wie sich unter der Hand der faktische Auftrag der NATO-Truppe geändert hat: Vom Stabilisierungseinsatz zur Aufstandsbekämpfung. Nur wird im fortgeschriebenen UN-Mandat so getan, als habe sich nichts geändert. Das ist Rosstäuscherei.
- Der War on Terrorism hat Terror und Gewalt gefördert statt eingedämmt. Heute wird nicht mehr so viel von diesem Krieg gesprochen. Mehr jedoch vom Krieg zwischen NATO und Taliban. Auch hierfür gilt: Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen. Man muss mit anderen Mitteln obsiegen.
- Wer mit Warlords und islamischen Fundis paktiert, kann keine Musterdemokratie aufbauen. Diese fatale Grundmuster der westlichen Kalte-Kriegspolitik („Der Feind meines Feindes ist mein Freund“) wirkt bis heute nach.
- Als man Afghanistan überfiel, gab es kein tragfähiges Konzept für den Wiederaufbau des afghanischen Staates und die Weiterentwicklung der afghanischen Gesellschaft. Auch bei der Konferenz auf dem Bonner Petersberg wurde nicht über ein solches Konzept gesprochen. Lange haben die USA als führende Macht es sogar abgelehnt, sich damit zu beschäftigen. Jetzt hilen einen die Sünden der Vergangenheit ein.
- Grundsätzlich gilt: Benötigt werden langfristige Konzepte, die der Verantwortung der afghanischen Bevölkerung Rechnung tragen, die in diesem Rahmen ergo als Hilfe zur Selbsthilfe angelegt sind, und die auf zivilen Mitteln der Konfliktbewältigung basieren. In diesem Sinne gilt es das afghanischen Volk dauerhaft und solidarisch zu unterstützen. Ein solches Konzept wird erst zum Tragen kommen, wenn die NATO-Truppen abgezogen sind.